

## Partizipationsreglement

vom

Das Stadtparlament erlässt gestützt auf Art. 3 Abs. 2 der Gemeindeordnung vom 8. Februar 2004<sup>1</sup> als Reglement:

Projektpartizipation	<p>Art. 1</p> <p><sup>1</sup> Die Stadt St.Gallen ermöglicht und fördert die Mitsprache der Bevölkerung an der Planung und der Erfüllung der städtischen Aufgaben.</p> <p><sup>2</sup> Sie bezieht in Belangen, die ein Quartier besonders betreffen, die dortige Bevölkerung angemessen ein.</p>
Politische Partizipation von Personen ohne Stimmrecht	<p>Art. 2</p> <p>Jugendliche und die Dachorganisation der Migrantinnen und Migranten im Kanton St.Gallen sind daneben nach Massgabe dieses Reglements berechtigt, einen Vorstoss beim Stadtparlament einzureichen.</p>
Jugendliche	<p>Art. 3</p> <p>15 Jugendliche, die das 13., nicht jedoch das 18. Altersjahr vollendet haben und in der Stadt St.Gallen wohnhaft sind, sind berechtigt, dem Stadtparlament einen „Jugendlichen-Vorstoss“ einzureichen. Damit kann ein Sachverhalt des städtischen Lebens zur Sprache gebracht werden, und es können Lösungsvorschläge aus der Sicht der Jugendlichen gemacht werden.</p>
Behandlung der „Jugendlichen-Vorstösse“	<p>Art. 4</p> <p><sup>1</sup> Das Stadtparlament bestimmt eine bestehende parlamentarische Kommission, welche die „Jugendlichen-Vorstösse“ behandelt.</p> <p><sup>2</sup> Die Kommission beschliesst, in der Regel nach Anhörung der Jugendlichen durch die Kommission oder einen Ausschuss der Kommission, welche Folge sie einem „Jugendlichen-Vorstoss“ geben will. Sie kann namentlich:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>a) einen „Jugendlichen-Vorstoss“ dem Stadtrat überweisen, wenn dieser damit einverstanden ist;</li><li>b) einen „Jugendlichen-Vorstoss“ ganz oder teilweise übernehmen und einen entsprechenden parlamentarischen Vorstoss einreichen;</li><li>c) einen „Jugendlichen-Vorstoss“ der im betreffenden Sachgebiet zuständigen Parlamentarischen Kommission überweisen; diese kann gemäss lit. b verfahren.</li></ol> <p><sup>3</sup> Die Kommission teilt den Jugendlichen mit, wie sie den Vorstoss beurteilt und was unternommen worden ist.</p>

<sup>1</sup> sRS 111.1

<sup>4</sup> Die Präsidentin oder der Präsident kann Vorstösse selbständig erledigen, wenn diese offenkundig keinem ernsthaften Anliegen entsprechen

Politische  
Partizipation der  
Dachorganisation  
der Migrantinnen  
und Migranten

Art. 5

<sup>1</sup> Die Dachorganisation der Migrantinnen und Migranten im Kanton St.Gallen ist berechtigt, dem Stadtparlament einen „Vorstoss der Migrantinnen und Migranten“ einzureichen. Damit kann ein Sachverhalt des städtischen Lebens zur Sprache gebracht werden, und es können Lösungsvorschläge aus der Sicht der Migrantinnen und Migranten gemacht werden.

<sup>2</sup> Die Dachorganisation übt diese Befugnis aus durch einen selbständig handelnden Ausschuss, der:

- a) aus mindestens fünf Personen besteht, die in der Stadt St.Gallen wohnhaft und selber Migrantinnen bzw. Migranten sind, wobei die Mitglieder mit ausschliesslich ausländischem Staatsbürgerrecht die Mehrheit bilden müssen;
- b) hinsichtlich Repräsentativität den gleichen Anforderungen entspricht, die für den Vorstand der Dachorganisation gelten.

<sup>3</sup> Besteht innerhalb der Dachorganisation der Migrantinnen und Migranten des Kantons St.Gallen eine die Stadt St.Gallen umfassende Sektion, so wird die politische Partizipation durch den Vorstand dieser Sektion ausgeübt.

Behandlung der  
Vorstösse der  
Dachorganisation  
der Migrantinnen  
und Migranten

Art. 6

<sup>1</sup> „Vorstösse der Migrantinnen und Migranten“ werden von der Parlamentarischen Kommission behandelt, die im betreffenden Sachgebiet zuständig ist.

<sup>2</sup> Die Kommission beschliesst nach Anhörung des Ausschusses der Dachorganisation der Migrantinnen und Migranten welche Folge sie dem Vorstoss geben will. Sie kann namentlich:

- a) den „Vorstoss der Migrantinnen und Migranten“ dem Stadtrat überweisen, wenn dieser damit einverstanden ist;
- b) den „Vorstoss der Migrantinnen und Migranten“ ganz oder teilweise übernehmen und einen entsprechenden parlamentarischen Vorstoss einreichen.

<sup>3</sup> Die Kommission teilt dem Ausschuss mit, wie sie den Vorstoss beurteilt und was unternommen worden ist.

Behandlung der  
von den Kommis-  
sionen eingereich-  
ten Vorstösse

Art. 7

Die von den Kommissionen gestützt auf einen „Jugendlichen-  
Vorstoss“ oder einen „Vorstoss der Migrantinnen und  
Migranten“ eingereichten Vorstösse werden nach den  
Grundsätzen behandelt, die das Geschäftsreglement des  
Stadtparlaments für die entsprechenden parlamentarischen  
Vorstösse vorsieht.

Referendum und  
Vollzugsbeginn

Art. 8

<sup>1</sup> Dieses Reglement unterliegt dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Es bedarf der Genehmigung des zuständigen kantonalen De-  
partements.

Der Stadtrat bestimmt den Vollzugsbeginn.

St.Gallen, ....

Im Namen des Stadtparlaments

Die Präsidentin:

*Christina Fehr Dietsche*

Im Namen des Stadtrats

Der Stadtschreiber:

*Manfred Linke*

